



Presseinformation

Unausgegrenzte Prestigeprojekte

Gegenüber den Kronberger Stadtverordneten und Bürgern wird durch Stadtverwaltung und Wortführer der SPD/CDU-Koalition mit unbelegten Aussagen Stimmung gemacht, um noch vor der Wahl den Beschluss für die Megabauten am Bahnhof durchzudrücken.

Laut Bürgermeister Temmen gäbe es eine Verzögerung um mindestens ein halbes Jahr und Investoren würden abspringen, wenn nicht am 18. Februar per Eilantrag entschieden würde (Kronberger Bote vom 11. Februar <http://www.taunus-nachrichten.de/kronberg/aktuelles/kronberg/temmen-kein-zoegerliches-taktieren-%E2%80%93-entscheidungen-gefragt-id29471.html>). Warum eigentlich? Die Konstituierende Sitzung ist am 14. April, die folgende am 2. Juni, auch wäre eine Sondersitzung möglich. Wenn die Propagandisten der massiven Bebauung sich sicher wären, dass alles bestens beraten und verstanden wurde, könnten sie doch den normalen Entscheidungsweg nehmen, anstatt im Sonderverfahren das Megavorhaben vor der Wahl durchzudrücken. Und außerdem: Wenn das Hotelvorhaben wirtschaftlich so attraktiv ist, wird ein Investor nicht wegen zweier Monate weglaufen. Der deutsche Immobilienmarkt kann sich vor Geld nicht retten, da muss einem bange werden, wenn bei einem Kronberger Bauvorhaben der normale parlamentarische Entscheidungsweg ein Investitionshindernis sein soll. Damit sind wir beim zweiten Thema:

Bis heute gibt es nur diffuse Aussagen, dass Kronberger Unternehmen ein Hotel fordern; es gibt keine einzige Zusage bzgl. der Auslastung eines solchen Hotelneubaus. Tatsache ist, dass die Kronberger Hotels nur zu ca. 50% ausgelastet sind und enorme Zusatzkapazitäten im Rhein-Main-Gebiet geschaffen wurden, die bereits zu einer „preislichen Todesspirale“ geführt haben (Hotel- und Gaststättenverband, <http://www.taunus-zeitung.de/lokales/hochtaunus/vordertaunus/Von-wegen-zufrieden;art48711,1810295>). Der Bauherr Contraco hat bisher noch nie ein Hotel realisiert, wird es auch nicht betreiben und nach unserem Kenntnisstand auch die Realisierung fremdvergeben, und es liegt bis heute kein verbindlicher Vertrag zwischen einem Betreiber und dem Bauherrn vor. Auf welcher Grundlage können die Stadtverordneten dann über diesen Neubau entscheiden? Ganz zu schweigen von dem massiven Eingriff ins Stadtbild durch eine gestattete Bauhöhe von 23 Metern, die man sonst nur in der Frankfurter Innenstadt findet, verbunden mit der Zerstörung des Grünkorridors zwischen Viktoria-Park und Bahnhof.

Der dritte Punkt ist, dass die Kronberg Academy praktisch in Geiselschaft des Hotels genommen wurde - angeblich gehen beide Projekte nur im Verbund. Dafür gibt es keinen

Grund, außer wenn man von einer Quersubvention ausgeht - wo soll die aber herkommen, wenn das Hotel schon wirtschaftlich dubios ist und die Academy bestenfalls kein Defizit erwirtschaftet. Die von Stadtverordneten geforderte unabhängige professionelle Prüfung der Wirtschaftlichkeit des Konzertsaals liegt bis heute nicht vor, es gibt nur eine „Executive Summary“ von Herrn Odszuck einer Analyse der von der Academy bereitgestellten Unterlagen. Es ist ein Alarmzeichen, dass die Stadtverordnetenvorsteherin Blanka Haselmann (CDU) aufgrund unbefriedigender Wirtschaftlichkeitsprognosen dem Projekt ihre Zustimmung verweigert hat, da ihr die Informationen für einen nachhaltigen Betrieb nicht ausreichen. Hier werden zwei Projekte gekoppelt, die jedes für sich wirtschaftlich fragwürdig sind.

Viertens ist die Endfassung des Städtebaulichen Vertrags zwischen Stadt, Contraco und Academy den Stadtverordneten unbekannt (oder ist er noch gar nicht finalisiert?) - auch dies ist inakzeptabel angesichts der Bedeutung des Projekts und der Regelungen, die hier zwischen den Parteien möglicherweise außerhalb parlamentarischer Kontrolle getroffen werden.

Die Stadtverordneten müssen sich vor Augen halten, dass sie eklatant unterinformiert sind bzgl. der wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Doppelprojekts. Es fehlen harte Verpflichtungen, Zusicherungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen - kein Unternehmen würde auf dieser Wissensbasis eine so weitreichende Entscheidung treffen. Das Risiko, dass am Ende zwei Investitionsruinen am Entrée der Stadt stehen, die einer alternativen Nutzung nicht zugeführt werden können, ist sehr real. Alle Alarmglocken schrillen, wenn der Bürgermeister in einer Zeit, da unbegrenzt Kapital in den Immobilienmarkt strömt, mit dem Rückzug von Investoren droht, wenn man den normalen Entscheidungsweg im Einklang mit den Sitzungsunden der städtischen Gremien einhält und sich nicht dem Druck eines zwischen Magistrat und stv. Stadtverordnetenvorsteher Christoph König (SPD) abgesprochenen Eilantrags beugt. Stadtverordnete, die sich diesem Druck unterwerfen, müssen sich bei der Kommunalwahl die Frage gefallen lassen, ob sie ihr Mandat mit der notwendigen Sorgfalt ausüben.

Kronberg, 15.2.2016

Berthold Hackl

PERSPEKTIVEN für KRONBERG

kontakt@perspektiven-kronberg.de